



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Joachim-Berlin, Hans: Der oberschlesische Freistaatsgedanke

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Im Gegenteil, sie erkennt offiziell den Sowjetstaat als einzige rechtmäßige Regierung Rußlands an, so daß der Gesandte dieser Räuberbande, wie Toffre 1918 von Berlin aus, unter dem Schutze der Extraterritorialität die nächste Revolution leiten kann. Freilich hat Sowjetrußland versprochen, sich aller Propaganda zu enthalten, aber nur ganz Weltfremde pflegen dem Worte von Banditen zu trauen. Auf die sonstigen unerhörten politischen Folgen dieser Anerkennung kann ich hier nicht eingehen. Nur so viel sei betont, daß hierdurch und durch die mehr als schwache, unwürdige, charakterlose parteiegoistische und verantwortungs-scheue nachrevolutionäre deutsche Politik wir immer mehr dem Abgrunde entgegen-treiben und die Reichsregierung zusammen mit unsern Feinden in West und Ost zum Schrittmacher der Weltrevolution sich herabwürdigt.



## Der oberschlesische Freistaatsgedanke

Von Hans Joachim Berlin



Unter dem Eindruck des englisch-italienischen Widerstandes gegen die französisch-polnischen Raubpläne in Oberschlesien hat eine rege Propaganda für den alten, überholten oberschlesischen Freistaatsgedanken sowohl in Oberschlesien selbst wie im Ausland eingesetzt. Der Warschauer Korrespondent des „Temps“ erblickt in einem unabhängigen neutralen Freistaat Oberschlesien das einzige Mittel, um aus der verwickelten Lage herauszukommen, ohne erneut Blut zu vergießen. Es sei, nachdem einmal die Waffen gesprochen hätten, unmöglich, die Zonen genau nach „deutsch“ und „polnisch“ zu unterscheiden, ohne neue Konflikte heraufzubeschwören. Die beste Lösung sei daher, Oberschlesien weder der einen noch der anderen der beiden Mächte zu geben. Zu gleicher Zeit berichten Pariser Meldungen des „Chicago Tribune“, daß in England und Italien der Plan eines selbständigen Oberschlesiens lebhaft erwogen werde, um die Gegensätze in der Entente auszugleichen. Erst nach zehn bis dreißig Jahren solle eine erneute Volksabstimmung über das endgültige Schicksal Oberschlesiens entscheiden.

Der oberschlesische Freistaatsgedanke ist unter dem Einfluß der segensreichen Amtstätigkeit des damaligen Staatskommissars Hörning entstanden. Er fand seine Organisation in dem sogenannten Bunde der Oberschlesier. Seine Hauptvertreter waren neben ehrlichen Leuten, die ihn als Mittel zum Zweck der Erhaltung des Deutschtums ansahen, sozialisierungsfähliche Schwerindustrielle und starke Teile des Zentrums. Sie erstrebten mit dem Freistaat Oberschlesien nach Schweizer oder Luxemburger Muster, beziehungsweise nach dem Beispiel Danzigs eine Internationalisierung und Unterstellung Oberschlesiens unter den Völkerbund. Sie wandten sich kurz nach der Besetzung Oberschlesiens durch die alliierten Truppen im Frühjahr vorigen Jahres in einer Denkschrift an den Obersten Rat mit der Bitte, in Verbindung mit den Regierungen Deutschlands, Polens und der

Tschechoslowakei die Bestimmungen des Artikels 88 des Versailler Friedensvertrages dahin zu revidieren, daß dem oberschlesischen Volk erlaubt würde, durch Abstimmung bekanntzugeben, ob aus Oberschlesien ein neutraler Freistaat gebildet und Ostschlesien diesem angeschlossen werden solle. Die Denkschrift ging davon aus, daß die maßgebenden Faktoren bei ihren Beschlüssen in Versailles und durch unzutreffende Angaben über die wahren Wünsche des oberschlesischen Volkes und die wirtschaftliche Struktur des Landes geleitet gewesen sein könnten. In Oberschlesien gebe es weder eine rein deutsche noch eine rein polnische, sondern eine halb deutsch, halb polnisch sprechende oberschlesische Nationalität, die unchauvinistisch und mehr internationalen Charakters sei. Im übrigen begründete die Denkschrift die Forderung der Errichtung eines neutralen Freistaats mit der Geschichte, der geographischen, geologischen und wirtschaftlichen Einheit des oberschlesischen Landes, mit den Beziehungen zu seinen Nachbarländern und schließlich mit seiner weltwirtschaftlichen Bedeutung. Die Denkschrift fand bei den Alliierten keine ungünstige Aufnahme. Sie paßte ihnen in den Rahmen ihrer Oberschlesien-Politik. England hoffte, in einem selbständigen Freistaate Oberschlesien eine mächtige Feinindustrie zur Verarbeitung der russischen Rohstoffe zu errichten und diesen so allmählich zu einer englischen Kolonie zu machen. Für Frankreich aber war angesichts der sich dauernd verschlechternden polnischen Abstimmungsaussichten die Internationalisierung des Industriegebiets nichts anderes als Mittel und Deckmantel zur späteren Zuteilung des Landes an Polen. Der oberschlesische Freistaatgedanke wurde in Verbindung mit der Teschener Frage und dem letzten oberschlesischen Aufstande besonders von England, das geschickt von Frankreich in den Vordergrund geschoben worden war, des öfteren vertreten. Er scheiterte aber daran, daß sich die deutschen Teile des Bundes der Oberschlesier unter der Krone der interalliierten Herrschaft auf ihr Deutschtum besannen, der Freistaatidee den Rücken gekehrt hatten und in das Lager der Autonomisten übergegangen waren. Damit war der Freistaatgedanke als nennenswerter Faktor in der Zukunft Oberschlesiens erledigt.

Das Wiederauftauchen der Freistaatpläne brauchte an sich nicht ernst genommen zu werden, da sie weder in den Parteien noch in den wirtschaftlichen Interessengruppen eine Stütze finden, im Gegenteil entschieden abgelehnt werden. Trotzdem verdienen sie größte Beachtung. Die eigentlichen Urheber der plötzlich wieder so regen Propaganda für den Freistaatgedanken sind Franzosen und Polen. Sie sitzen in den französischen Kreisen der Interalliierten Kommission, in den Kreisen des polnischen Abstimmungskommissariats und des Bundes der Oberschlesier, der heute aber ausgesprochen polnisch gerichtet ist und unter der Leitung des Grafen Oppersdorf und des Herrn Kurseol steht. Vor allen Dingen aber steht England — und darin liegt die Hauptgefahr — dem Freistaatgedanken außerordentlich sympathisch gegenüber. Bereits vor dem Aufstande arbeitete die französisch-polnische Propaganda in dieser Richtung mit Hochdruck. Die polnischen Rechtsanwälte Skowronnek, Czajla und Chmilewski richteten an einzelne Kreisvoritzende der katholischen Volkspartei sehr bald nach der Abstimmung ein vertrauliches Schreiben, in dem die Bereitwilligkeit General Le Ronds betont wurde, Vertreter des oberschlesischen Freistaatgedankens zu empfangen. Sehr bald danach und scheinbar als Folge von Verhandlungen mit der interalliierten Kommission

wandte sich der Bund der Oberschlesier an die sämtlichen selbständigen Gemeinden Oberschlesiens mit einem Schreiben, in dem gegen die Zerreißung Oberschlesiens protestiert, an versteckter Stelle aber der Gedanke eines neutralen Freistaats empfohlen wurde. Die Gemeinden wurden um Ausfllung einer vorgedruckten Zustimmungserklärung gebeten, aus der deutlich nur der Protest gegen die Zerreißung Oberschlesiens herauszulesen war, die aber gleichzeitig äußerst geschickt eingeflochten die Zustimmung zu dem Gedanken eines neutralen Freistaats enthielt. Der Verband der besoldeten Kommunalleitungen Oberschlesiens hat gegen diese Methoden der Erschleichung von Unterschriften seinerzeit schärfsten Protest erhoben und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß unzweideutige Willenserklärungen der befugten Gemeindeleitungen für den Anschluß Oberschlesiens an Deutschland und damit gegen den neutralen Freistaat vorlägen. Dieser Protest war und ist um so richtiger, als der Bund der Oberschlesier in seinem Rundschreiben ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß er das Ergebnis der Zustimmungserklärungen den alliierten Stellen zuleiten werde.

Die Absichten, die man mit der Propaganda für den Freistaatgedanken seitens der Franzosen im Bunde mit den Polen verfolgt, sind einleuchtend. Oberschlesien soll — zu mindestens aber das ganze Industriegebiet —, nachdem die Sanktionspolitik gescheitert ist und auch der Aufstand Korsantys anscheinend nicht zum Ziele führt, auf dem Wege über den neutralen Freistaat ungeteilt den Polen in die Hand gespielt werden. Wenn sich Korsantys vor dem Aufstande in seinem oberschlesischen Hauptorgan scharf gegen den Gedanken eines neutralen Freistaats wandte und diesen als deutsche Machenschaften hinzustellen versuchte, so war das alles nur Schein. Die deutsche Regierung hat in ihrer Erklärung jeden Gedanken an einen neutralen Freistaat Oberschlesien in unzweideutiger Weise abgelehnt. Herr Korsantys aber sei an seine Worte im vergangenen Sommer erinnert: „Ein neutraler Freistaat Oberschlesien wird binnen eines Jahres den Anschluß an Polen beschloßen haben.“

Diese Worte Korsantys zeigen uns den wahren Sinn und auch die Gefahren des oberschlesischen Freistaatgedankens. Für uns wäre ein solcher Freistaat Oberschlesien gleichbedeutend mit dem Verlust des Industriebezirks. Er wäre nichts anderes als eine unausgefochtene Domäne des Polenreiches. Von einem selbständigen staatlichen Leben würde keine Rede sein. Seine freigewhlte Verfassung würde den Richtlinien entsprechen, die man in Paris für die freie Entscheidung der Völker festsetzt. Polen aber würde in ihm etwas Vogelfreies und das, was er wirklich sein soll, nur einen Übergang zur polnischen Provinz sehen. Die nationalen Kämpfe würden in diesem Freistaat von den Polen auf die Spitze getrieben werden, und der polnische Terror würde den Polen dann doch den Grund zum Einmarsch geben. Für die Schaffung eines Freistaats Oberschlesien liegt — das hat die Abstimmung in klarer Weise bewiesen, weder in politischer noch in vlksicher Beziehung ein Grund vor. Eine so lautende Entscheidung des Obersten Rats wäre eine Fälschung des Volkswillens. Vernunft und Gerechtigkeitsgefühl sprechen in gleichem Maße dafür, daß Oberschlesien ungeteilt im deutschen Staatsverbande bleibt. Ein polnisches Oberschlesien und ebenso auch jeder den Polen zugesprochene Teil des oberschlesischen Industriegebiets ginge nicht nur Deutschland, sondern der Welt verloren.